Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 100,— M., durch die Post bezogen monatlich 100,— M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 180,— M. Einzelnummer 6,— M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 20,— M., Familienanzeigen 14,— M., die 3gespaltene Reklamezeile 75,— M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 8 M.

Nr. 220 | Dresden, Mittwoch den 20. September 1922 | 33. Jahrg.

Die Reparationen vor dem Völkerbund

Ein Antrag Lord Robert Cecils — Zustimmende Erklärung Frankreichs

Am Ende der gestrigen Abendsitzung des Abrüstungsausschusses in Genf wurde plötzlich unter größter Aufmerksamkeit aller Teilnehmer die Reparationsfrage zur Debatte gestellt.

Lord Robert Cecil verlas einen ausführlichen Antrag, der als

Voraussetzung für die Abrüstung

die Lösung der Reparationsfrage und der interalliierten Schulden wie überhaupt der schweren wirtschaftlichen Krise, die Deutschland und die ganze Welt bedroht, bezeichnet, und der im wesentlichen folgenden Wortlaut hat:

Der dritte Ausschuß ist der Ansicht, daß trotz der ernsthaften wirtschaftlichen Krise, unter der alle Länder leiden und die zugunsten einer Rüstungsbeschränkung spricht, die politische Lage Europas so heikel ist, daß kein allgemeiner Abrüstungsplan gegenwärtig erwogen werden kann. Zweifellos sind die Regierungen zahlreicher Länder besorgt wegen der unmittelbar zu befürchtenden großen Katastrophe, deren Folgen unberechenbar sein können. Das ist heute der Fall mit Oesterreich, wie jeder weiß, das wird vielleicht in den nächsten Monaten schon der Fall mit Deutschland sein, und

wenn Oesterreich und Deutschland wirtschaftlich zusammenbrechen, so werden die Folgen für ihre Nachbarn, für Europa, ja sogar für die ganze Welt äußerst ernst, vielleicht verhängnisvoll sein.

Außer diesen schwierigen Anzeichen ist die allgemeine Lage derart, daß die Welt gegenwärtig in einem Zustand des Argwohns und der Unruhe sich befindet, der nicht mit einem wirklichen Frieden vereinbar ist.

Ohne den Frieden, ohne die moralische Abrüstung ist aber jeder Rüstungsbeschränkungsplan vergeblich.

Bevor man also an eine Rüstungsbeschränkung herangeht, muß man sich folgende Frage stellen: Welches sind die Ursachen, die den Mechanismus des Handels und des internationalen Austauschs lähmen und die wirtschaftliche und politische Unsicherheit hervorrufen? Die Antwort ist nicht zweifelhaft. Man muß die Ursachen in den

zwischenstaatlichen Schulden,

die auf allen großen Ländern Europas lasten, suchen. Diese Schulden, ob sie nun in Form von Reparationsverpflichtungen, von Hilfskrediten für Schulden auftreten, sie bilden in ihrer Gesamtheit ein Problem, dessen Lösung wesentlich ist, bevor das wirtschaftliche Leben Europas wieder aufgerichtet werden kann. Solange zu diesem Zwecke nicht die nötigen Maßnahmen ergriffen worden sind, kann man nicht hoffen, den Sturz der Devisen aufzuhalten oder den internationalen Handel wieder herzustellen.

Man darf sagen, daß man sich allgemein darüber einig ist, daß der Austausch der Erzeugnisse, der zu allen Zeiten den europäischen Nationen das Leben ermöglichte, nicht wieder hergestellt werden kann, solange die Frage der zwischenstaatlichen Schulden nicht eine befriedigende Lösung gefunden hat, und man muß hinzufügen, daß, obwohl die Frage in erster Linie die Gläubiger- und Schuldnerstaaten interessiert, sie ebenfalls, wenn auch in geringerem Maße, alle andern Staaten Europas angeht, denn sie leiden ebenfalls an einer ernsthaften wirtschaftlichen Krise. Sie haben keine Absatzgebiete mehr, ihre Industrie wird zum Stillstand veranlaßt und ihre Arbeiter werden brotlos. Sie haben infolgedessen ein Lebensinteresse an einer schnellen Lösung des Problems.

Für die Frage der Abrüstung ist es also wesentlich, daß man ohne Zeitverlust eine Lösung für alle durch die zwischenstaatlichen Schulden aufgeworfenen Fragen findet.

Lord Robert Cecil fügte hinzu, daß es nicht Sache des Abrüstungsausschusses sei, genaue Maßnahmen vorzuschlagen, und daß die einen der Ansicht seien, die Initiative müsse vom Rate der alliierten Mächte ausgehen, während andre ihr ganzes Vertrauen auf die Reparationskommission setzten, andre wieder einen besonderen Sachverständigenausschuß oder ein Finanzkomitee mit der Ausarbeitung von Vorschlägen betrauen möchten. Eine weitere Auffassung endlich gehe dahin, daß nur eine internationale Konferenz der Ministerpräsidenten genug Autorität hätte, um eine solche ernste Frage zu lösen. Aber, so fuhr Lord Robert Cecil fort, welches auch der Organismus, den man mit dem Studium betrauen werde, sei, so sei es unmöglich, eine befriedigende Lösung zu erzielen, wenn geeignete Vorbedingungen nicht erfüllt würden. In erster Linie müsse man den ganzen Komplex der Fragen ergreifen und die interalliierten Schulden und die Reparationsfrage diskutieren. Außerdem, da es sich um ein Problem handle, das die ganze Welt angehe, so sei es notwendig, daß auch andre Nationen ihren Anteil an der Verantwortung für den endgültigen Beschluß auf sich nehmen.

Ferner könnten, wenn man wolle, daß die Reparationszahlungen erfolgten, diese nur mittels einer internationalen Anleihe aufgebracht werden.

Schließlich sei es notwendig, daß die Lösung nicht verzögert werde. Denn alle Sachverständigen seien sich darin einig, daß jetzt die Minuten gezählt seien, wenn man Europa vor dem finanziellen Zusammenbruch retten wolle.

Lord Robert Cecil schloß mit folgenden Worten: Der dritte Ausschuß erinnert die Versammlung an die

Notwendigkeit eines sofortigen Handelns,

und es ist unbestreitbar, daß, solange die finanziellen Schwierigkeiten Europas nicht behoben sind, man nicht die politische Stabilität und das Vertrauen wiedergewinnen kann, die unentbehrlichen Elemente, von denen die Verwirklichung der moralischen Abrüstung und die Frage des Abrüstungsprojektes abhängt.

Hierauf erklärte unter größter Spannung aller Delegierten de Jouvenel,

daß Frankreich mit einer Aussprache über diesen Punkt einverstanden sei

und daß die französische Delegation bereits bestimmte Vorschläge zu Lord Cecils Anregungen ausgearbeitet habe. Damit den andern Delegationen Zeit zur Stellungnahme bleibe, beantrage er, daß er bei der nächsten Sitzung die Debatte eröffne. Weniger, als irgendein andres Volk habe das französische Anlaß, in diesem Falle eine negative Antwort zu geben. Schon bei meinem ersten Auftreten hier in Genf, sagte de Jouvenel, wies ich darauf hin, daß wir nur zu einem Ergebnis in der Abrüstungsfrage kommen können, wenn die Länder, die im Kriege einig waren, auch im Frieden einig bleiben. Der militärische Friede könne nur die Folge der moralischen Abrüstung sein, wie schon früher Noblemaire sagte, die Folge des intellektuellen Friedens.

Wenn wir zu einer Konsolidierung des Friedens gelangen wollen, müssen die Folgen des letzten Krieges liquidiert sein.

Fisher (England) dankte de Jouvenel und stellte eingehende Prüfung seiner Vorschläge in Aussicht.

Nachdem Poullet (Belgien) auf das besondere Interesse, das sein Land an der Lösung der Reparationsfrage habe, hingewiesen hatte, ging unter lebhaften Kommentaren der Delegierten, der Pressevertreter, und des Publikums der Ausschuß auseinander.

•

Englisch-französische Verständigung

Der Antrag Lord Cecils ist nach allem, was man hört, nach vorherigen eingehenden Besprechungen mit de Jouvenel (Frankreich) formuliert worden, wie auch die französische Delegation erst nach langen Beratungen und nach Fühlungnahme mit der Pariser Regierung an die Ausarbeitung ihrer Vorschläge herantrat.

Gütliche Regelung mit Belgien

Wie die Belgische Telegraphenagentur meldet, hat der deutsche Gesandte Landsberg gestern vormittag 10 Uhr dem belgischen Minister des Auswärtigen Jaspar mitgeteilt, daß die Reichsbank nunmehr bereit sei, die Sechsmonatswechsel im Gesamtbetrage von 270 Millionen Mark, fällig vom 15. Februar bis 15. Juni 1923, unter Verzicht auf die zunächst verlangten Verlängerungen auf 12 Monate und 18 Monate zu unterzeichnen. Unter diesen Umständen faßt die belgische Regierung eine gütliche Lösung der strittigen Frage ins Auge auf der Grundlage, die die belgischen Delegierten in Berlin aufgestellt hatten.

Jaspar empfing darauf den französischen Botschafter de Margerie und den englischen Botschafter Sir Graham, denen er das Ergebnis der Verhandlungen und die Stellungnahme der belgischen Regierung mitteilte.

Ueber die Abmachungen zwischen der Bank von England und der Deutschen Reichsbank wird tiefstes Stillschweigen bewahrt. Die beiden Banken betrachten die eingegangenen Verpflichtungen als eine reine Privatangelegenheit und sind nicht in der Lage, irgend jemandem darüber Aufschluß zu geben. Man weiß nur so viel, daß die Reichsbank auch nicht den kleinsten Teil ihres Goldbestandes als Sicherheit hergegeben hat. Man nimmt an, daß sie sich mit Hilfe der Industrie- und Handelswelt einen Sicherheitsfonds geschaffen hat oder schaffen wird, der es ihr ermöglichte, die Unterschrift unter die Schatzscheine zu setzen.

•

Herabsetzung der Kohlenlieferungen

Die Kohlenlieferungen an die Entente, die von der Reparationskommission zunächst auf 1 795 000 Tonnen monatlich festgesetzt waren, sind nach einer Meldung des Berliner Lokalanzeigers aus Essen schließlich für August bis Oktober auf monatlich 1 610 000 Tonnen vermindert worden.

Fragen der inneren Politik

Augsburg, 19. September 1922.

Severing (preußischer Innenminister):

Grotjahn meinte, daß er vergebens am Schlüsselloch des Ministeriums des Innern gehorcht und nichts über die Pläne des Ministeriums erfahren habe. Grotjahn hat einmal Auskunft über die Ausgestaltung der preußischen Verwaltungsordnung verlangt und ich habe erklärt, daß ich soweit Aerzte, technische, bzw. wissenschaftliche Kreisbeamte in Frage kommen, keine erheblichen Bedenken gegen die Kommunalisierung dieser Beamten habe. Ich würde es aber für einen sehr großen Fehler halten, die **politischen Beamten der Kreise zu kommunalisieren.** Manchmal wurde allerdings das Wort von der Demokratisierung der Verwaltung zu einem Schlagwort. Was ist Demokratisierung der Verwaltung? Eckstein sagt: Das ist eine schleunige Verabschiedung der kommunalen Verfassungsgesetze. In der Tat sind die preußische und die Regierungen der andern Einzelstaaten verpflichtet, kommunale Verfassungsgesetze so schnell wie möglich vorzulegen. Aber wenn wir eine Erweiterung der Selbstverwaltung fordern, so haben wir doch zu fragen, ob in dieser Zeit des Ueberganges eine solche Erweiterung im Interesse des Ausbaues der Republik liegt. Auf Grund meiner Erfahrungen erlaube ich mir, diese Frage zu verneinen. (Sehr richtig.) Es kann gar keine Rede davon sein, die Zentralgewalt zu schmälern. Aehnlich verhält es sich mit einer Erweiterung der Selbständigkeitsrechte der Provinzen. Ich bin selbstverständlich der Meinung, daß die Rechte der Provinzen erweitert werden müssen. Aber gerade die Vorgänge in der preußischen Politik der letzten Wochen zeigen, daß diese Erweiterung nicht im Interesse der Provinzen, geschweige des Staates liegt, sondern daß diese Erweiterung manchmal den Reaktionären ein bequemes Mittel ist, lokale Intrigien zu spinnen.

Dasselbe, was ich über die Verwaltungsreformen mitgeteilt habe, gilt auch bezüglich der Schutzpolizei. Aber darüber sind wir uns doch klar, daß wir nicht mehr Schutzpolizei aufrecht erhalten wollen, als es die Bedürfnisse der Gemeinden, des Staates und des Reiches erfordern. Ich bin der Meinung, daß wir den heutigen Stand der Schutzpolizei bei politischer und wirtschaftlicher Konsolidierung herabmindern können. Wenn wir die Schutzpolizei zu einem zuverlässigen Instrument in der Hand der verfassungsmäßigen Regierung machen wollen, dann können wir unmöglich alles was heute in ihr ist, in das feste Verhältnis bringen, weil die Schutzpolizei nicht so von unzuverlässigen Elementen gesäubert ist, wie es notwendig wäre. Bei der Agitation unter den Schutzpolizeibeamten dürfen diese staatspolitischen Gesichtspunkte nicht außer acht gelassen werden. Im übrigen bin ich der Meinung, daß die Parteigenossen über die Demokratisierung der Verwaltung und den Ausbau der Republik weniger reden und mehr handeln sollten. (Lebhafter Beifall.)

Heilmann (Hamburg): Die Sozialdemokratie hat die Bedeutung der Geisteskultur zum Teil unterschätzt. Einheitliches Arbeiten zwischen Elternbeiräten und Lehrern zur Erzielung unsres schulpolitischen Programms ist dringende Notwendigkeit. Die große Unzufriedenheit mit unsrer Schulpolitik kann nur durch **Neubelebung des Kampfes für die weltliche Gemeinschaftsschule** abgestellt werden. Das Schulkompromiß muß aufgehoben werden.

Eduard Bernstein, Berlin: Ein Genosse hat gemeint, daß das Schlagwort von der Steigerung der Produktion von Stinnes und seinen Leuten ausgegeben sei. Ich möchte davor warnen, aus Herrn Stinnes einen Kinderschreck zu machen. Ich verkenne durchaus nicht den großen Einfluß des Herrn Stinnes. Aber wir sollten uns nicht dazu verleiten lassen, eine Persönlichkeit aus ihm zu machen, von der alles zu befürchten wäre. Die Steigerung der Produktion ist eine Frage der unmittelbaren Gegenwart und von großer Wichtigkeit für das ganze Volk und nicht zuletzt für die Arbeiterklasse. (Sehr richtig. Wenn sich die Gesellschaft so entwickelt hätte, wie es das Erfurter Programm in seinen ersten Sätzen ausspricht, dann hätten wir eine große Zahl von Schwierigkeiten, die uns jetzt entgegenstehen, nicht. Dann brauchten wir die Frage, wie wir die Kleinbauer behandeln sollen, nicht zu erörtern, weil es dann keine Kleinbauern mehr gäbe. (Zustimmung.)

Die Sozialisierung

ist eine Summe von Maßnahmen, die Schritt für Schritt die Macht des Kapitals gegenüber den Arbeitern, gegenüber der Gesellschaft eindämmen. Die Tatsache, daß es nicht so schnell geht, wie wir es wünschen, braucht uns nicht pessimistisch zu stimmen. (Zustimmung.) Das Mittel gegen den Pessimismus ist Erkenntnis der großen Aufgaben der Partei. Ich bin der Ueberzeugung, daß die Partei in den wesentlichen Punkten immer auf dem rechten Wege war. (Lebhafter Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Friedrich Bartels (Schlußwort): Wir müssen wieder mehr Gewicht auf die Mitarbeit des einelnen Parteigenossen legen. (Sehr richtig.) Wenn gesagt wurde, der Beitrag müsse mindestens 8 M. betragen, so ist das sicherlich richtig. Der Zweck unsres Mindestbeitrages ist aber, überall, auch in den wirtschaftlich schlechteren Gegenden die Gründung und Aufrechterhaltung von Parteiorganisationen zu ermöglichen. Ueberall, wo es möglich ist, können auch höhere Beiträge als der Mindestbeitrag erhoben werden. Wenn gesagt wurde, daß in der Besoldung der Parteiangestellten große Unterschiede bestehen, so ist das nicht richtig. Die Spannung zwischen den niedrigen und hohen Gehältern ist nicht größer, sondern kleiner geworden. Soweit es möglich ist, sollen Sekretärinnen für die Frauen angestellt werden. Niemand im Parteivorstand denkt daran, das Erscheinen der „Gleichheit" einzustellen. Ihren Bezugspreis müssen wir aber erhöhen. Das A und O unsrer Bewegung ist, daß die Partei in der Lage ist, ihre großen Aufgaben zu erfüllen. (Beifall.)

Hierauf kommt Genosse Adolf **Braun** zum Schlußwort: Ich muß sagen, daß in den ausgezeichneten Reden doch vieles gesprochen wurde, was dem Niveau nicht entsprach, auf dem sich der Parteitag bewegt. Mangel an Verantwortungsgefühl muß man bei manchen Rednern beklagen. Wenn Eckstein vom Parteivorstand wünscht, daß wir Parolen ausgeben, denen die sofortige Verwirklichung folge, so ist das Revisionismus in höchstem Sinne. Daß die Bäume der Agrarier bei der Festsetzung der Preise für das Umlagegetreide nicht in den siebenten Himmel wachsen, dafür hat der Parteivorstand trotz aller Arbeit auf dieser Tagung sich energisch eingesetzt. In der ausgezeichneten Rede des Genossen Sollmann kam eine unzweifelhafte Entgleisung vor. Aber diese Entgleisung bedauern wir trotz allem nicht. Denn der einmütige Widerspruch den der Parteitag dieser Besprechung gegenüber zum Ausdruck brachte, zeigte, daß wir dem wucherischen, profitsüchtigen Treiben der Agrarier uns entschieden widersetzen. Merkwürdig ist, daß Genosse Brostwitz sich so ungeschickt gegen den sozialistischen Parteivorstand und gegen unsre Reichstagsfrak-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19220920/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG